

Konjunkturlage in Deutschland

Grundtendenzen

In der deutschen Wirtschaft hat sich die konjunkturelle Abschwächung, die im Verlauf der zweiten Hälfte 2001 durch einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um ¼ % gekennzeichnet war, in den ersten Monaten dieses Jahres nicht fortgesetzt. Die gegen Ende 2001 erkennbare Stabilisierung ist im ersten Quartal in eine leichte Erholungsphase eingemündet. Die Aufwärtsbewegung war aber nicht breit fundiert. Der Nutzungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten dürfte noch nicht zugenommen haben. Bewegt sich die Wirtschaft – wie derzeit – auf einem nur flachen und schmalen Wachstumspfad, können selbst kleinere Störungen oder Eintrübungen der Stimmungslage empfindlich zu Buche schlagen. Auch deshalb kommt der weiteren Entwicklung der Ölpreise sowie den Tarifverhandlungen in diesem Jahr besondere Bedeutung zu.

*Konjunkturelle
Bodenbildung*

Ersten eigenen Berechnungen nach dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion saison- und kalenderbereinigt im ersten Quartal 2002 um etwa ¼ % höher gewesen sein als im letzten Viertel des vergangenen Jahres. Das Niveau vor Jahresfrist wurde jedoch in der arbeitstäglichen Rechnung erstmals leicht unterschritten, nach einem Gleichstand im vierten Quartal 2001. Kalendermonatlich ergibt sich sogar ein Rückgang von rund 1 %, weil die Zahl der verfügbaren Arbeitstage in diesem Jahr deutlich geringer war als im Vergleichszeitraum 2001.

Positive Impulse gingen in den ersten Monaten des Jahres im Gefolge der internationalen



Noch schwache
Wachstums-
basis

Konjunkturbelebung vor allem von der außenwirtschaftlichen Seite aus. Damit konnte die deutsche Wirtschaft rasch von der Verbesserung des globalen Umfelds profitieren, was sich deutlich auch in einem Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland niederschlug. Die voraussichtliche Zunahme des Außenbeitrags im ersten Quartal spiegelt aber vornehmlich die anhaltend schwache inländische Nachfrage wider, die ihrerseits die

Importtätigkeit bremste. Zum einen blieben die Investitionsaktivitäten der Wirtschaft wegen des niedrigen Auslastungsgrades der Sachanlagen sehr verhalten. Dies gilt sowohl für neue Ausrüstungen als auch Bauten. Außerdem hat der Lagerdruck im ersten Quartal noch angehalten. Zum anderen waren die privaten Haushalte nicht nur im Bereich des Wohnungsbaus weiterhin sehr zurückhaltend. Auch größere Anschaffungen für Konsumzwecke wurden vielfach zurückgestellt. Die Umfragen der GfK signalisieren unverändert eine nur geringe Kaufbereitschaft. Möglicherweise haben die diversen Preiseinflüsse im ersten Quartal die Konsumneigung der privaten Haushalte gedämpft. Auch werden den Umfragen zufolge die Einkommensperspektiven nach wie vor als nicht besonders günstig eingestuft. Dabei mag mitspielen, dass der Arbeitsmarkt bis zuletzt im Zeichen der konjunkturellen Schwäche stand.

Produktion und Arbeitsmarkt

In der Industrie hat sich die Produktion nach dem seit dem Frühjahr 2001 zu verzeichnenden Rückgang in den ersten Monaten des laufenden Jahres stabilisiert. Saisonbereinigt war die Erzeugung im Mittel von Januar bis März etwa eben so hoch wie im vierten Quartal 2001. Das Minus im Vorjahresvergleich, das im Herbst letzten Jahres etwas über 4 % betragen hatte, vergrößerte sich, zum Teil basisbedingt, auf 5 ¼ %.

Stabilisierung
der Industrie-
produktion

Die Kapazitäten bei den industriellen Unternehmen wurden damit erneut weniger als zuvor ausgeschöpft. Nach den Umfragen des

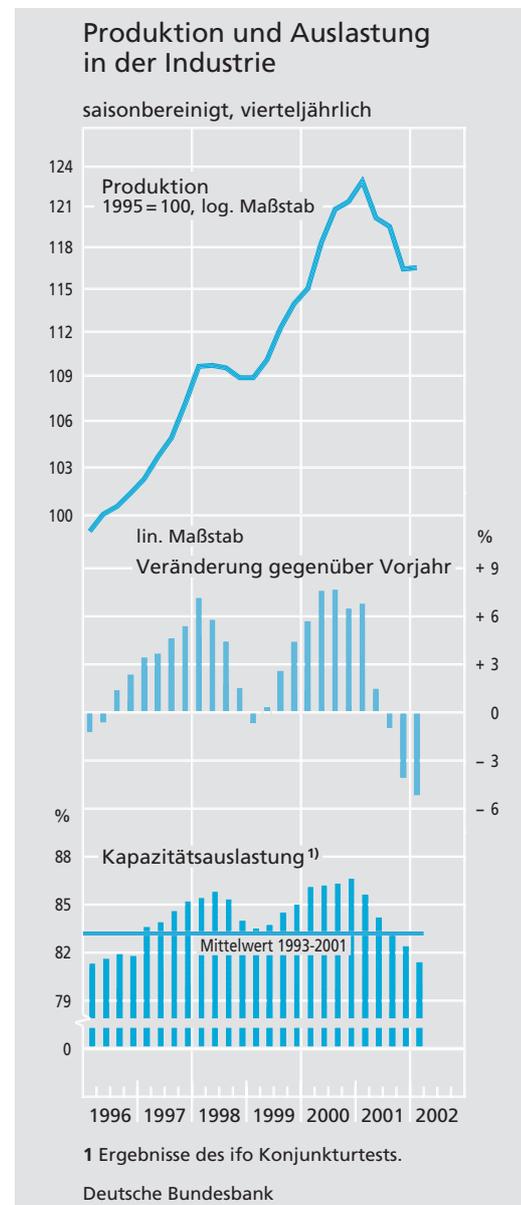
Sinkende
Kapazitäts-
auslastung

ifo Instituts belief sich der Nutzungsgrad im März 2002 – jahreszeitlich übliche Schwankungen soweit möglich ausgeschaltet – auf 81½ % der betriebsüblichen Vollauslastung. Der Stand vom Vorjahr wurde damit um rund vier Prozentpunkte unterschritten. Gemessen am längerfristigen Durchschnitt betrug der Rückstand etwa zwei Prozentpunkte.

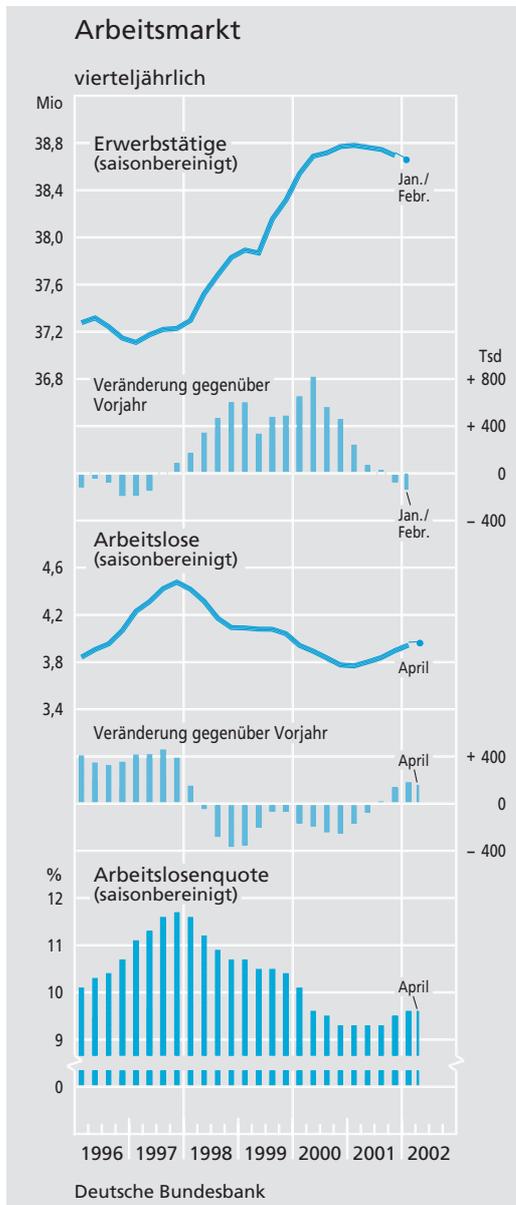
Die Produktionsentwicklung war in den einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich. So konnte bei den Produzenten von Vorleistungsgütern der Tiefpunkt der Erzeugung, der im Herbst 2001 gelegen hatte, saisonbereinigt um 2 % übertroffen werden. An der Spitze lag dabei die Chemische Industrie, die einen Zuwachs von beinahe einem Zehntel erreichte. Aber auch in der Metallherzeugung und -verarbeitung wurde mit + 5 % eine beachtliche Steigerung erzielt. Eine positive Entwicklung verzeichneten ferner die Hersteller von Verbrauchsgütern. Demgegenüber ist die Produktion im Investitionsgütersektor und mehr noch im Gebrauchsgüterbereich weiter abgerutscht. Dabei meldeten alle großen Zweige der Investitionsgüterindustrie, namentlich die Kraftfahrzeughersteller, der Maschinenbau und die Elektroindustrie, einen abermaligen Rückgang der Erzeugung. Unter den verbrauchsnahe Branchen ergaben sich insbesondere bei Rundfunk- und Fernsehgeräten kräftige Produktionseinbußen.

Anhaltender Rückgang der Beschäftigung

Die Lage am Arbeitsmarkt war bis zuletzt durch einen Rückgang der Beschäftigung und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Februar saisonbe-



reingt auf 38,66 Millionen. Der vergleichbare Vorjahrsstand wurde um rund 145 000 oder 0,4 % unterschritten. Im vierten Quartal war der Rückstand nur halb so groß gewesen. Insbesondere das Baugewerbe und in jüngerer Zeit verstärkt auch die Industrie haben ihre Belegschaften verringert. Darüber hinaus dürfte es in einigen Dienstleistungszweigen zu Personaleinschränkungen gekommen sein. Gleichzeitig wurde für immer mehr Personen



die Arbeitszeit reduziert. Im April zählte die Arbeitsverwaltung rund 245 000 Kurzarbeiter, die im Mittel nicht ganz zwei Drittel der normalen Arbeitszeit beschäftigt waren. Im Vorjahrsvergleich hat sich die Zahl der Betroffenen mehr als verdoppelt. Die meisten von ihnen kamen aus der Industrie.

Die Anzahl der bei der Bundesanstalt für Arbeit registrierten Arbeitslosen belief sich Ende

April – die jahreszeitlich üblichen Bewegungen ausgeschaltet – auf 3,97 Millionen. Das waren ausweislich der Statistik kaum mehr als in den Monaten zuvor. Die Zunahme im Vorjahrsvergleich, die im Januar noch bei fast 200 000 Personen gelegen hatte, verringerte sich auf 155 000. Die Arbeitslosenquote beträgt in der Rechnung der Bundesanstalt seit vier Monaten saisonbereinigt 9,6 %, nach internationalen Maßstäben sind es 8,1 %.

Stagnation der ausgewiesenen Zahl der Arbeitslosen

Es erscheint jedoch nicht richtig, diese Entwicklung bereits als den Beginn einer konjunkturellen Besserung am Arbeitsmarkt anzusehen. Vielmehr ist es in der letzten Zeit auch zu einer „Bereinigung“ der Arbeitslosenstatistik gekommen. Nachdem die Vermittlungsaktivitäten der Arbeitsverwaltung in Misskredit gekommen waren, sind die Bemühungen in diesem Aufgabenbereich intensiviert worden. Unter anderem durch personelle Verstärkungen wurden eine Vermittlungsoffensive gestartet und das zu Jahresanfang in Kraft getretene JOB-AQTIV-Gesetz vermehrt angewendet. In diesem Gesetz ist vorgesehen, für jeden Arbeitslosen eine Chanceneinschätzung vorzunehmen und eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen, die eine verbindliche individuelle Vermittlungsstrategie enthält. Zudem sind die Arbeitslosen gehalten, sich stärker als bisher eigenständig um einen Arbeitsplatz zu bemühen.

„Bereinigung“ der Statistik

Die Aufforderungen der Arbeitsverwaltung zur verstärkten Mitwirkung haben offenbar dazu geführt, dass manche bisher als arbeitslos registrierte Personen ihre Meldung nicht mehr erneuerten oder als Ältere von ihrem

Probleme des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt

Wie sich unlängst herausstellte, waren die von der amtlichen Statistik ausgewiesenen Zahlenangaben über Vermittlungen von Arbeitslosen auf eine Arbeitsstelle übertrieben. Dies wiegt deshalb schwer, weil es eine der wichtigen Aufgaben der Arbeitsverwaltung ist, zu einem Ausgleich zwischen den bei ihr registrierten Arbeitsuchenden und den Arbeitskräfteanforderungen der Wirtschaft beizutragen.

Eine kürzlich von der Europäischen Zentralbank unter Mitwirkung der nationalen Notenbanken erstellte Studie ¹⁾ zeigt, dass es nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion Schwierigkeiten gibt, Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt in Übereinstimmung zu bringen. So hat sich die Beveridge-Kurve, die die stellensuchenden Arbeitslosen mit den unbesetzten Arbeitsplätzen in Beziehung setzt, in den letzten zehn Jahren deutlich nach rechts oben verschoben. Dies signalisiert eine gleichzeitige Zunahme von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen, hinter der steigende strukturelle Schwierigkeiten für einen Marktausgleich stehen. In Deutschland beispielsweise nahm die Zahl der unbesetzten Arbeitsplätze von gut 1 Million im Jahr 1992 ²⁾ auf schätzungsweise etwa 1,5 Millionen im Jahr 2001 zu, während sich in derselben Zeit die Arbeitslosigkeit von 2,6 Millionen auf 3,1 Millionen Personen erhöhte.

Die Ursachen für die zunehmende Divergenz liegen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite. Zu der ersteren zählen die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Struktur der Erwerbsbevölkerung, wie sie sich beispielsweise im Alterungsprozess oder in Zuwanderungen niederschlagen. Dazu gehören ferner Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen. Auf der Nachfrageseite schlägt sich unter anderem der Strukturwandel nieder, der tendenziell durch ein Vordringen des Dienstleistungsbereichs zu Lasten des Produktionssektors gekennzeichnet ist. Alle diese Merkmale treten zudem in spezifischen regionalen Ausprägungen auf, die Brennpunkte mit besonders hohen Ungleichgewichten entstehen lassen.

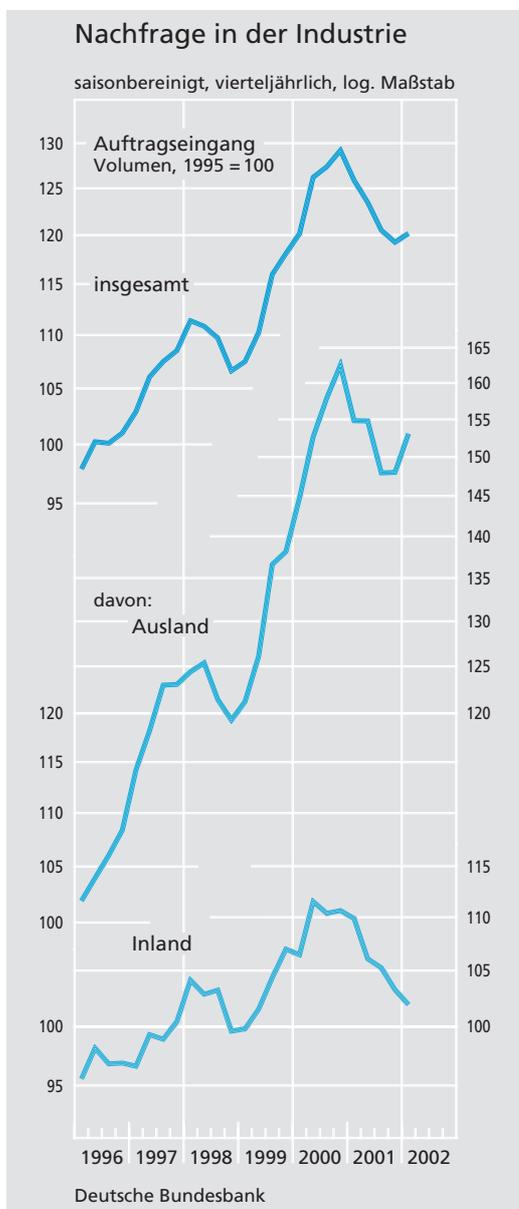
¹ Die Studie kann unter dem Titel „Mismatches am Arbeitsmarkt der Länder des Euro-Währungsgebiets“ auf der Website der Deutschen Bundesbank unter „Volkswirtschaft/Andere volkswirtschaftliche Veröffentlichungen“ ein-
Deutsche Bundesbank

Eine Milderung des „Mismatch“ – so die Schlussfolgerung der Europäischen Zentralbank – kann vor allem durch einen Abbau von Rigiditäten am Arbeitsmarkt erreicht werden. Dazu gehört nicht zuletzt eine Durchforstung administrativer Regulierungen sowie eine bessere Abstimmung zwischen Steuer- und Abgabensystemen auf der einen und Lohnersatzleistungen auf der anderen Seite. Von den Arbeitgebern können unter anderem den individuellen Wünschen angepasste Arbeitszeitmodelle vermehrt angeboten werden; die Arbeitnehmer sind vor allem im Hinblick auf Weiterbildung und Mobilität gefordert. Ein hohes Maß an Verantwortung kommt den Tarifpartnern zu, die die Kosten des Arbeitseinsatzes maßgeblich mitbestimmen. Eine amtliche Arbeitsverwaltung kann wichtige Aufgaben zur Verbesserung der Markttransparenz übernehmen, die dem einzelnen Arbeitsuchenden in umfassender Form kaum möglich ist.



Zwar war – wie in der Analyse der Europäischen Zentralbank ausgeführt wird – die Arbeitsmarktentwicklung im Euro-Raum gegen Ende der neunziger Jahre bei steigender Beschäftigung und sinkender Arbeitslosigkeit deutlich positiv. Noch aber erscheinen die Regulierungsdichte zu hoch, die Fehlerrate zu stark und die Flexibilität zu gering, um eine durchgreifende und nachhaltige Besserung am Arbeitsmarkt zu erreichen.

gesehen werden. — ² Die Zahl der offenen Stellen wurde aus den Betriebsbefragungen des IAB geschätzt. — ³ Bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen, eigene Berechnung. — ⁴ ILO-Definition.



Recht auf einen Verzicht auf Vermittlung Gebrauch machten. Bereits vor einiger Zeit hatte eine im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführte Untersuchung ergeben, dass fast 30 % der Arbeitslosen nicht ernsthaft an der Vermittlung auf einen neuen Arbeitsplatz interessiert sind. Die Hälfte davon zählte zu der Gruppe der älteren Arbeitnehmer, die in absehbarer Zeit vom

Vorruhestand in die Rente wechseln. Weitere 7 % hatten sich als arbeitslos registrieren lassen, um Sozialansprüche zu sichern. Unabhängig davon ist – längerfristig betrachtet – der Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt schwieriger geworden. Wie eine kürzlich von der Europäischen Zentralbank unter Mitwirkung der nationalen Notenbanken erstellte Studie zeigt, gilt dieser Befund nicht nur für Deutschland, sondern auch für eine Reihe anderer Länder im EWU-Raum (vgl. Erläuterungen auf S. 51).

Auftragslage

Die Nachfrage nach deutschen Industriegütern hat sich Anfang 2002 leicht belebt. Zwar konnten die Auftragseingänge in den ersten Monaten dieses Jahres das Niveau vom Dezember nicht halten. Damals aber waren die Geschäftsabschlüsse auf Grund von Nachholeffekten überhöht gewesen. Bestellungen, die nach den Terrorakten vom 11. September zunächst zurückgestellt worden waren, sind mit zunehmender Festigung der weltwirtschaftlichen Entwicklung erteilt worden. Zur Kennzeichnung der konjunkturellen Tendenz ist es daher zweckmäßig, die ersten Monate des laufenden Jahres mit dem letzten Jahresviertel 2001 insgesamt zu vergleichen. Die normalen jahreszeitlichen Schwankungen ausgeschaltet, waren die Auftragseingänge im Zeitraum Januar bis März um rund $\frac{3}{4}$ % höher als im vierten Quartal 2001. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das weiterhin einen deutlichen Rückstand. Mit $4\frac{1}{2}$ % war er aber geringer als in den letzten Monaten des vergangenen Jahres, die mit einem Minus

*Auftragslage
der Industrie
verbessert*

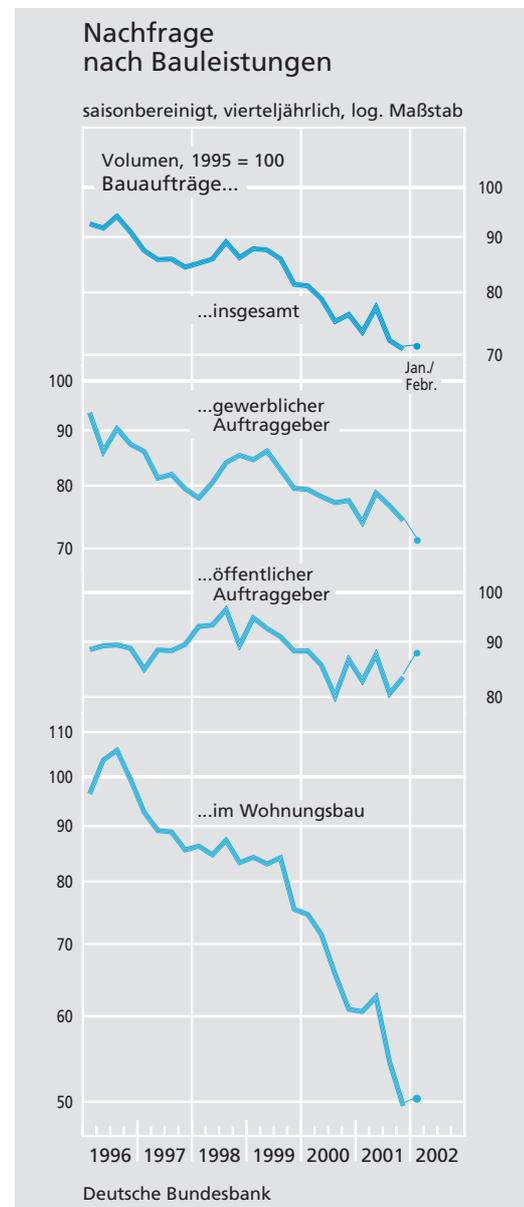
von nahezu 8 % den Tiefstand gekennzeichnet hatten.

Die leichte Verbesserung der Auftragslage wurde bislang ausschließlich von der Auslandsnachfrage getragen. Hier übertrafen die Geschäftsabschlüsse saisonbereinigt in den ersten drei Monaten das Niveau vom Herbst vergangenen Jahres um 3 ½ %. Den entsprechenden Vorjahrsstand unterschritten sie nurmehr um 1%, nach noch 9% im vierten Quartal 2001. Besonders gefragt waren Vorleistungsgüter, doch auch der Investitionsgüter- und der Konsumgütersektor schnitten recht gut ab.

Die Nachfrage aus dem Inland hat dagegen zu Jahresanfang das Herbstniveau nicht halten können. Der Rückstand im Vorjahrsvergleich war mit 7 ¼ % sogar etwas größer als zuvor. Allein Erzeugnisse aus dem Vorleistungsbereich wurden etwas stärker geordert. Sowohl die Hersteller von Konsum- als auch Investitionsgütern mussten dagegen weitere Auftragseinbußen hinnehmen.

*Auftragslage
in der
Bauwirtschaft
anhaltend
ungünstig*

Die Auftragslage in der Bauwirtschaft blieb auch zu Beginn des Jahres 2002 sehr gedämpft. Saisonbereinigt gingen die vom Bauhauptgewerbe gemeldeten Geschäftsabschlüsse im Zweimonatszeitraum Januar/Februar kaum über das niedrige Niveau der Herbstmonate hinaus. Der Vergleichsstand von Anfang 2001 wurde um knapp 5 % unterschritten. Das war zwar nicht mehr ganz so viel wie gegen Jahresende 2001, als der Rückstand noch mehr als 7 % betragen hatte. Zu bedenken ist aber, dass die Aufträge bereits über mehrere Jahre hin stark gesunken sind.



Insbesondere die gewerbliche Wirtschaft hat ihre Bauabsichten in der letzten Zeit nochmals eingeschränkt. Nach einem saisonbereinigten Rückgang um rund 4 ½ % gegenüber dem letzten Quartal von 2001 sanken die Aufträge im Januar/Februar auf den niedrigsten Stand seit Anfang der neunziger Jahre, als die gesamtdeutsche Statistik begann. Dagegen haben die öffentlichen Auftraggeber in den ersten beiden Monaten des Jahres deutlich

mehr Bauvorhaben in Angriff genommen als gegen Ende des vergangenen Jahres. Auch im Vorjahrsvergleich ergab sich eine leichte Zunahme. Dies dürfte aber kaum von Dauer sein, ist die Finanzlage der Gebietskörperschaften doch unverändert angespannt. Im Wohnungsbau hielten sich die Auftragseingänge zu Jahresbeginn weitgehend auf dem im Herbst erreichten niedrigen Niveau, das lediglich noch halb so hoch wie 1995 war. Gemessen an den Genehmigungen für Januar und Februar 2002 deutet sich aber eine Belebung der Nachfrage an.

Preise

*Preis-
entwicklung
und Preis-
empfinden*

Das Preisklima hat sich zuletzt wieder beruhigt, nachdem es zu Jahresbeginn vor allem infolge erneuter Steueranhebungen sowie witterungsbedingter Angebotsverknappungen bei Nahrungsmitteln zu einer merklichen Eintrübung gekommen war. Vier Fünftel des damaligen kräftigen Preisanstiegs waren diesen Einflüssen zuzuordnen, von dem Währungsübergang von der D-Mark auf den Euro im Barzahlungsverkehr gingen demgegenüber kaum preistreibende Einflüsse aus.¹⁾ Zwar waren für zahlreiche häufig nachgefragte Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs erkennbare Preissteigerungen festzustellen. Das vom Preisindex für die Lebenshaltung gemessene Gesamtpreisniveau auf der Verbraucherstufe wurde aber entgegen der weit verbreiteten Auffassung nur wenig berührt. Dies hängt damit zusammen, dass die in der Öffentlichkeit immer wieder zitierten und das Preisempfinden vieler Konsumenten spürbar beeinflussenden Verteuerungen unter anderem bei aus-

gewählten Dienstleistungen des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie bei manchen Handwerksbetrieben nur einen relativ kleinen Teil des gesamten Warenkorbes ausmachen. Dieser umfasst beispielsweise auch den wichtigen Bereich der Wohnungsmieten, die mit 20 % in den Warenkorb eingehen, oder den Erwerb langlebiger Güter wie Personenkraftwagen, Möbel und elektrische Haushaltsgeräte. Hier aber sind die Euro-Preise weitgehend exakt aus den früheren DM-Preisen abgeleitet worden, in einigen Fällen kam es sogar zu Preissenkungen. Dies wurde jedoch vielfach wohl weniger wahrgenommen, was sich auch daraus erklärt, dass es nur in größeren Abständen zu solchen Käufen kommt. Zudem dürfte die Sensibilität für steigende Preise generell stärker ausgeprägt sein als für sinkende. Dabei wird dem Eindruck von Preissteigerungen auch dadurch Vorschub geleistet, dass die vielfach nach der „Faustregel“ 1:2 vorgenommene Umrechnung von Euro in D-Mark, die den Vergleich mit den traditionellen DM-Preisen ermöglichen soll, angesichts des tatsächlichen Konversionsfaktors von 1:1,95583 einen zu hohen Wert ergibt.

Von Januar bis April haben sich die Verbraucherpreise gemäß der amtlichen Statistik saisonbereinigt um 0,5 % erhöht, was einer Jahresrate von 1,8 % entspricht. Dabei standen Preisrückgängen speziell bei Saisonnahrungsmitteln erneut steigende Preise für Mineralöl-erzeugnisse gegenüber. Die Teuerung im Vorjahrsvergleich, die allgemein als Messlatte für die Inflation gilt, verringerte sich von 2,1 % im Januar auf 1,6 % im April. Hier spielten auch

*Beruhigung des
Preisanstiegs*

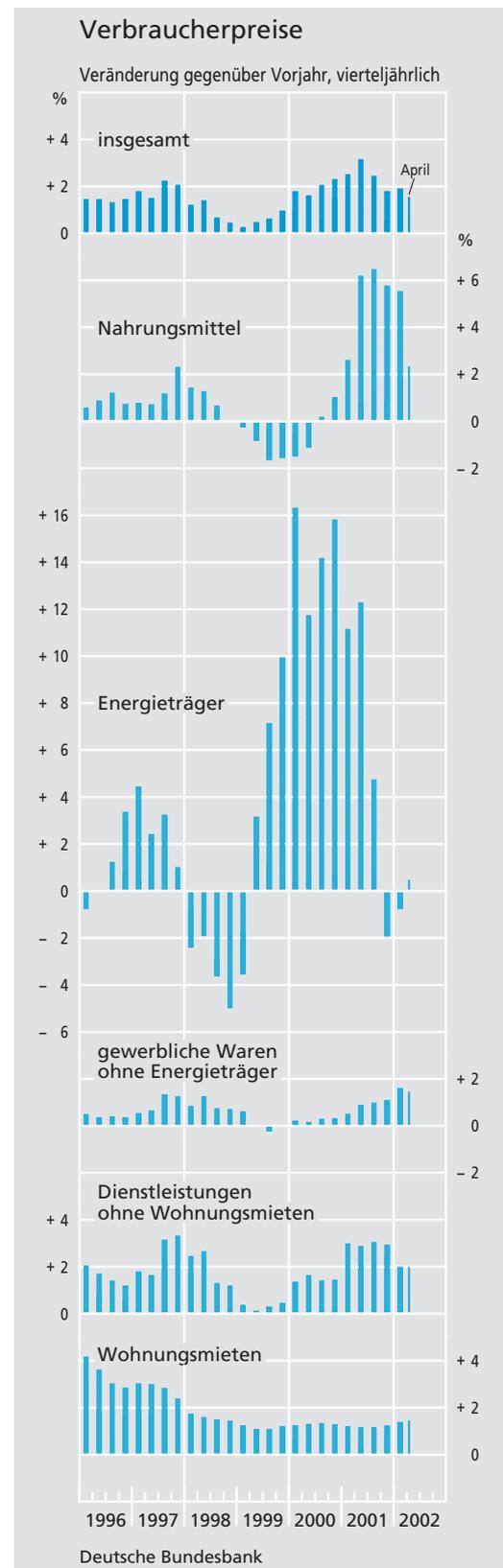
¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, März 2002, S. 8 ff.

Basiseffekte im Bereich der Nahrungsmittel eine Rolle, die sich im vergangenen Jahr infolge der Tierkrisen und ungünstiger Witterungsverhältnisse merklich verteuert hatten. Ohne Nahrungsmittel gerechnet lag die Vorjahrsrate relativ stabil bei 1,5 %.

Wesentlich hierfür war, dass der Preisanstieg im Vorjahrsvergleich sowohl bei den gewerblichen Waren als auch den Wohnungsmieten weitgehend unverändert geblieben ist. Industriegüter waren im April um 1,5 % teurer als vor Jahresfrist, die Wohnungsmieten übertrafen das Vorjahrsniveau um 1,4 %. Bei den Dienstleistungen war der Preisanstieg binnen Jahresfrist im April mit 2,0 % nur wenig niedriger als zu Jahresanfang, als 2,2 % erreicht worden waren. Für Energie musste im April etwas mehr als zur gleichen Vorjahrszeit bezahlt werden. Dies beruhte insbesondere auf einem erneuten kräftigen Anstieg der Preise für Mineralölprodukte, der den seit dem Sommer 2001 zu verzeichnenden Rückstand wieder ausglich.

Ölpreise auf höherem Niveau

Die internationalen Ölnotierungen, die Mitte Januar bis auf knapp 19 US-\$ je Barrel Nordseeöl der Marke Brent gesunken waren, lagen in den letzten Wochen des Berichtszeitraums bei über 26 US-\$. Anfang April wurden in der Spitze zeitweise sogar 27¼ US-\$ erreicht. Ausschlaggebend für den – teilweise auch spekulativ bedingten – Preisanstieg waren Befürchtungen verstärkter politischer Spannungen im Nahen Osten, die das Angebot der dortigen Förderländer zu beeinträchtigen drohten. Auf der Nachfrageseite hat die ungewöhnlich milde Witterung den allmählich



*Verteuerung
der Einfuhren*

steigenden konjunkturellen Bedarf mehr als ausgeglichen.

Die steigenden Preise für Rohöl und Mineralöl-erzeugnisse haben auch die deutschen Einfuhren insgesamt deutlich verteuert. Gemessen am Einfuhrpreisindex wurde saisonbereinigt im März das Niveau vom Dezember, der den letzten Tiefpunkt markiert, um $1\frac{3}{4}\%$ übertroffen. Der Preisrückstand gegenüber dem Vorjahr verminderte sich auf 2,5 %, gegenüber 4,7 % zum Jahresende 2001. Dabei hat auch eine Rolle gespielt, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse wegen des Wintereinbruchs in den ersten Wochen des laufenden Jahres vorübergehend starke Preissteigerungen zu verzeichnen hatten. Ohne diese Einflüsse gerechnet, blieben die Preise weitgehend konstant und das Minus im Vorjahresvergleich betrug im Dezember wie im März $2\frac{1}{4}\%$.

Der Ölfaktor schlug sich auch in den Abgabepreisen der Industrie im Inlandsabsatz nieder.

Der Anstieg, der saisonbereinigt betrachtet im bisherigen Verlauf des Jahres zu verzeichnen war, lässt sich allein auf die Energieverteuerungen zurückführen. Wenn gleichwohl das Preisniveau des Vorjahres im März um 0,2 % unterschritten wurde, so hing das insbesondere mit zum Teil kräftigen Preisrückgängen bei den Vorleistungsgütern zusammen. Diese kompensierten die anhaltende Verteuerung im Investitions- wie auch im Konsumgüterbereich, die im Vorjahresvergleich 1,6 % beziehungsweise 1,0 % betrug.

Bauleistungen haben sich angesichts der anhaltenden strukturellen Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft bis zuletzt kaum verteuert. Das Baupreisniveau war im ersten Quartal 2002 etwa ebenso hoch wie ein Jahr zuvor. Lediglich bei Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich des Wohnungsbaus sind leichte Preiserhöhungen festzustellen. Dem standen aber Preisrückgänge bei den Rohbauarbeiten gegenüber.

*Anstieg der
industriellen
Erzeugerpreise*

*Stagnation der
Baupreise*